

Positionspapier zur Bundestagswahl 2025

Forderungen des Vorstandes des GD Holz e.V.

zur Stärkung des Holzhandels als mittelständische Branche

1. Sicherstellung nachhaltiger Versorgung mit Holz, Lieferketten stärken

- Europäische Entwaldungsrichtlinie EUDR deutlich entschärfen, effiziente Dokumentenanforderungen, keine Prüfnummern-Weitergabepflicht innerhalb des EU-Binnenmarktes, einheitliche EU-weite Durchsetzung.
- Keine Stilllegung von Waldbewirtschaftung ohne Ausgleichsmaßnahmen (Aufforstung).
- Forstbetriebe bei der Wiederaufforstung unterstützen.
- Kaskadennutzung (stoffliche vor energetischer Nutzung), Förderung der Holzverbrennung nur, wenn es nicht anderweitig verwendet werden kann.

2. Aktive Handelspolitik, Freihandel fördern

- Förderung von internationalen Handelsabkommen, um freien Handel zu stärken.
- Abbau von Handelshemmnissen (Zölle, Kontingente, etc.) - Anti-Dumpingverfahren sind kritisch zu sehen, weil sie zu Marktversagen durch Oligopole in der EU beitragen.
- Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) wesentlich vereinfachen, Kaskadeneffekte für KMU ausschließen und geplantes Strafmaß verringern.
- Deutsches Lieferkettengesetz (und entsprechende EU-Richtlinie CSRD) wesentlich vereinfachen, Kaskadeneffekte für KMU ausschließen und Strafmaß verringern.
- Einfuhrumsatzsteuer-Regelungen für innergemeinschaftlichen Warenverkehr (Dreiecksgeschäfte) und für Import (EU-Freihäfen) vereinfachen.

3. Absatz von Holz forcieren, Holzbauten und Holzmöbel binden CO₂

- Holzbau fördern, bestehende Initiativen des Bundesbauministeriums und der Landesregierungen stärken.
- CO₂-Speicher-Leistung von Holz finanziell honorieren (Bayerisches Modell: 500 €/t BayFHolz). Wald entzieht der Atmosphäre CO₂, aber erst durch die Nutzung von Holz werden Holzprodukte (Holzhausbau/Holzmöbel) zu langfristigen Kohlenstoffspeichern.
- Einfach zu beantragende KfW-Mittel wieder einführen und langfristig im Haushalt durchfinanzieren, um den Wohnungsbau zu stärken.
- Größere Vorteile für Holzprodukte im QNG gegenüber Ziegel und Beton darstellen.
- Ordnungsrechtliche Hemmnisse in den Landesbauordnungen reduzieren und holzfreundlicher gestalten.
- Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen, Gebäudetyp E weiterentwickeln.
- Grunderwerbsteuer, Notar- und Grundbuchgebühren senken, Maklerprovision trägt Beauftragender, damit Wohneigentum finanzierbar bleibt.
- Baulandmobilisierung nach §13b BauGB

4. Sozialpolitik: Hohe Lohnnebenkosten reduzieren, Anreize zum Arbeiten schaffen

- Das Rentensystem auf ein einheitliches System fokussieren (auch Beamte und Selbstständige integrieren) und eine Flexibilisierung des Renteneintritts zwischen 60 und 70 Jahren mit versicherungsmathematisch neutralen Rentenzu- bzw. -abschlägen.
- Krankenkassen vereinheitlichen, eine gesetzliche Krankenkasse für alle, Zusatzversicherungen privat, sozial abgedeckte Selbstbeteiligung.
- Arbeitslosengeld im Zeitverlauf abschmelzen, um zur Wiederaufnahme von Arbeit zu motivieren, Bürgergeld reduzieren.
- Lohnfortzahlung bei Krankheit für die ersten Tage spürbar reduzieren. (Wenn sich dadurch Arbeitnehmer im Schnitt 1 Tag weniger krank melden: +0,1% BIP-Steigerung)
- Kündigungsschutz modifizieren insbesondere bei vielen Fehlzeiten / Abmahnungen, stattdessen pro Beschäftigungsjahr Recht auf eine kalkulierbare Abfindung.
- Elternzeit regulatorisch vereinfachen und reduzieren, keine Familienstartzeit
- (Nicht-bundeseinheitliche) Feiertage überdenken und reduzieren (+0,1% BIP pro Tag)

5. Wichtig zur Unternehmensentlastung und Bürokratieabbau

- Energieaudit-Anforderungen deutlich vereinfachen (Limits in EDL-G §8 höher)
- Gesetzesvorhaben wie Tariftreuegesetz, Entgelttransparenzgesetz, Beschäftigungsdatengesetz entschärfen bzw. nicht umsetzen.
- Arbeitsschutzgesetz zeitgemäß vereinfachen (Arbeitszeiterfassungspflicht, zu detaillierte Pausenregelungen, Home-Office etc.)
- Rundfunkbeitrag für LKW&PKW-Flotte von Unternehmen abschaffen.
- Solidaritätszuschlag abschaffen, da Zweckbindung entfallen ist - auch für Glaubwürdigkeit in der Steuergesetzgebung.
- Erbschaftssteuersätze für Kinder reduzieren und Freibeträge erhöhen, damit sich überdurchschnittlicher Arbeitseinsatz, Investieren und Sparen mehr lohnt.
- CO₂-Emissionszertifikatehandel fördern, dafür CO₂-Grenzwerte für Gebäudeenergie, Herstellerflotten, etc. erleichtern.
- Weniger klimaschädliche Subventionen und Einzelfirmenförderung (Intel, Northvolt).
- Strompreise für alle von Belastungen befreien (Stromsteuer auf EU-Minimum senken, Netzentgelte halbieren).
- Beantragungsverfahren für Mautrückerstattung vereinfachen, höhere Kostenerstattung für Investitionen der Firmen in Sicherheit und Klimaschutz der LKW-Flotte.
- GEMA-Gebühren für Unternehmen transparenter gestalten und reduzieren.
- Künstlersozialkassenbeiträge sollten direkt von „Kunstschaffenden“ auf der Rechnung ausgewiesen werden.
- Elektronische Krankmeldung von Krankenkasse automatisch an Arbeitgeber schicken.
- Jährliches Bürokratie-Entlastungsgesetz und vereinfachte Steuergesetzgebung mit Fokus auf den Mittelstand.

Berlin im Dezember 2024

gez. Maximilian Habisreutinger

Vorstandsvorsitzender GD Holz für den gesamten Vorstand